

Ba 11. Dez.70 1,5

p.B.51.14.21.20.Bol. - GH/mü  
p.B.51.14.21.20.Chili.

Bern, den 10. Dezember 1970

Notiz an Herrn Direktor K a e c h  
der Eidg. Militärverwaltung

Ausfuhr von Kriegsmaterial  
nach Bolivien

In seiner Sitzung vom 2. März 1970 hat der Bundesrat den Entscheid über die Ausfuhr von 3500 Sturmgewehren, 150 Maschinengewehren und 60 Maschinenpistolen mit Zubehör der Firma SIG nach Bolivien angesichts der unstablen Lage in diesem Land zurückgestellt und den interdepartementalen Ausschuss für Fragen der Kriegsmaterialausfuhr mit der Abfassung eines Berichts beauftragt. Dieser Ausschuss hat sich daraufhin verschiedentlich mit dieser Angelegenheit befasst und namentlich angesichts der Opposition von seiten EJPD (Bundesanwaltschaft) vorläufig darauf verzichtet, dem Bundesrat einen neuen Antrag zu stellen.

Wie aus der beiliegenden Notiz hervorgeht, hat die Bundesanwaltschaft ihre Opposition aufgegeben (Beilage 1). Gestern hatten wir auch den Besuch des bolivianischen Botschafters, der sich im Auftrag seiner Regierung für die möglichst baldige Abwicklung dieses Geschäfts verwendete (Beilage 2).

Wir haben Bundesrat Graber mündlich über dieses Waffen- ausfuhrgeschäft orientiert. Er ist der Auffassung, dass diese Angelegenheit erneut dem Gesamtbundesrat zum Entscheid zu unterbreiten sei. Dabei werde sich für den Bundesrat die grundsätzliche Frage erheben, ob es im Lichte der Reaktion des In- und

Auslandes auf den Bührle-Prozess sowie der kürzlich zustande gekommenen Initiative für ein Waffenausfuhr-Verbot zu verantworten sei, die Waffenausfuhrpolitik gegenüber den Staaten Lateinamerikas in der bisherigen Weise fortzuführen.

In dieser Situation benötigen wir für das Bolivien-Geschäft aber auch für andere hängige Gesuche (z.B. Chile) klare Weisungen des Bundesrates, wie die Waffenausfuhr nach Lateinamerika weiterbehandelt werden soll. Um das zweckmässige Vorgehen abzustimmen, insbesondere auch um die Abfassung eines Antrages an den Bundesrat vorzubereiten, erachten wir eine möglichst baldige Aussprache in der interdepartementalen Arbeitsgruppe für Fragen der Kriegsmaterialausfuhr als wünschenswert, wobei angesichts der erheblichen Handelsinteressen mit Lateinamerika vielleicht ein Vertreter der Handelsabteilung einzuladen wäre.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT  
Politische Angelegenheiten  
I. A.

Gelzer

Beilagen erwähnt

Kopie:

- Bundesanwalt Walder
- Maître Clerc

3a. 11. Dez. 1951